

Lange Haftstrafen für die Leipziger Antifaschistin Lina E. und drei Mitangeklagte - Urteile die zur Stellungnahme herausfordern,

Am 31. Mai 2023 fiel das Urteil über 4 Angeklagte, denen gefährliche Körperverletzung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und räuberischer Diebstahl zur Last gelegt wurde. Der Vorwurf, ab 2018 eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben, wirkte dabei stark strafverschärfend. Von der Bundesanwaltschaft wurde den Angeklagten brutale Überfälle auf Rechtsextreme vorgeworfen und für Lina E eine Haftstrafe von 8 Jahren beantragt.

Einer der Verteidiger bezeichnete diese Forderung als "maßlos". Angesichts des "staatlichen Versagens" gegenüber der faschistischen Gefahr, gehört denjenigen, die sich ihr entgegenstellen, eher eine Belohnung und sollte strafmildernd bewertet werden

Das zu zögerliche Vorgehen von Staat und Sicherheitsbehörden gegen den Rechtsextremismus veranlasste selbst den Richter, den "Kampf gegen Faschismus" als ein "zunächst achtenswertes Motiv" einzuordnen.

Gegen Lina E. wurden im Urteil 5 Jahre u. 3 Monate Haft ausgesprochen. Ihre Mitangeklagten erhielten Haftstrafen von 30 bis 39 Monaten.

Auf unserer Arbeitsberatung am 7.6. haben die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Senior*innenpolitik die im Prozess vorgeworfenen Gewalttaten einmütig verurteilt. Gewalt, insbesondere gegen Menschen lehnen wir ab. Wir achten das Grundgesetz und respektieren das Gewaltmonopol des Staates.

Ermittlungen und Prozess wurden durch die Bundesanwaltschaft dazu benutzt, eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus zu suggerieren. Dabei ist es nicht gleich, Menschen aus rassistischen oder antisemitischen Motiven zu ermorden, oder sich gegen Faschisten zu wehren, die "durch rassistische Mobilisierung und Gewalt insbesondere in Ostdeutschland ein flächendeckendes Klima von Angst und Unsicherheit schaffen", wie der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) in seiner Jahresbilanz formuliert.

Am 7.6. wurde in unserer Beratung die Frage gestellt, ob es eine Gegenüberstellung von rechts- und "links"-motivierten Gewalttaten mit einer Übersicht der zuzuordnenden Urteile gibt. Da eine solche Aufstellung bisher nicht gefunden wurde, könnte es einem Forschungsauftrag vorbehalten sein, eine betreffende Übersicht zu erarbeiten.

Der soeben veröffentlichte Verfassungsschutzbericht gibt bei allen Einschränkungen immerhin einen gewissen Eindruck von der Lage:

Das BKA registrierte 2022 : 58.916 politisch motivierte Straftaten, d.h. Politisch motivierte Kriminalität (PMK).

"PMK rechts": 23.493 Straftaten, davon 20.967 Straftaten mit rechtsextremistischen Hintergrund, darunter 1.016 Gewalttaten (Anstieg um 7,5 %)

"Reichsbürger" und "Selbstverwalter":

1.856 Straftaten, davon 1.258 Straftaten mit extremistischen Hintergrund, darunter 286 Gewalttaten (Anstieg um 55,4 %)

"PMK links" : 6.976 Straftaten, davon 3.847 Straftaten mit linksextremistischen Hintergrund,

darunter 602 Gewalttaten (Rückgang um 39 %), davon wurden wiederum 292 Gewalttaten gegen Polizei/Sicherheitsbehörden erfasst (Rückgang um ca. 50 %)

Bei der Betrachtung der o.g. Zahlen ist zu beachten, dass von einer starken Unter-Erfassung rechtsextremer und rassistischer Angriffe auszugehen ist, die als Straftaten nach den Erfahrungen der Opferberatungsstellen (VBRG) nicht zur Anzeige gebracht werden.

Während Straftaten von "Reichsbürgern" und "Selbstverwaltern" nicht der "PMK rechts" zugeordnet sind, werden erfasste Straftaten durch Klima-Aktivisten der "Politisch motivierten Kriminalität links" zugerechnet. Die Darlegungen des Verfassungsschutzberichtes 2022 zum "Linksextremismus" legen den Verdacht nahe, Antifaschismus und linke Bewegungen in die Nähe

von Kriminalität zu rücken. Auch im Verfahren gegen Lina E. und ihre Mitangeklagten bleibt der Eindruck, dass es nicht nur gegen sie sondern auch um antifaschistische und linke Bewegungen geht.

Auf der Bundespressekonferenz zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes äußerte die Bundesinnenministerin am 20.06. 2023 u.a. :

"Der Rechtsextremismus ist weiterhin die größte extremistische Bedrohung in Deutschland."

Das verlangt unserer Ansicht nach Zugang zu solider politischer Bildung für alle. Wir sind als Senior*innen dafür zu aktiver Unterstützung bereit.

Ein Mitglied unserer Arbeitsgemeinschaft nahm am 3. Juni gemeinsam mit dem Arbeitskreis "Antirassismus/Antifaschismus" von ver.di Nord am Besuch der Gedenkstätte in Alt Rehse teil, einem Lern-Ort, der zu einer bewussten Auseinandersetzung mit aktuellen demokratiefeindlichen Tendenzen in Gesellschaft und Staat einlädt.

